

Arbeitskämpfe

Das Klima wird rauer

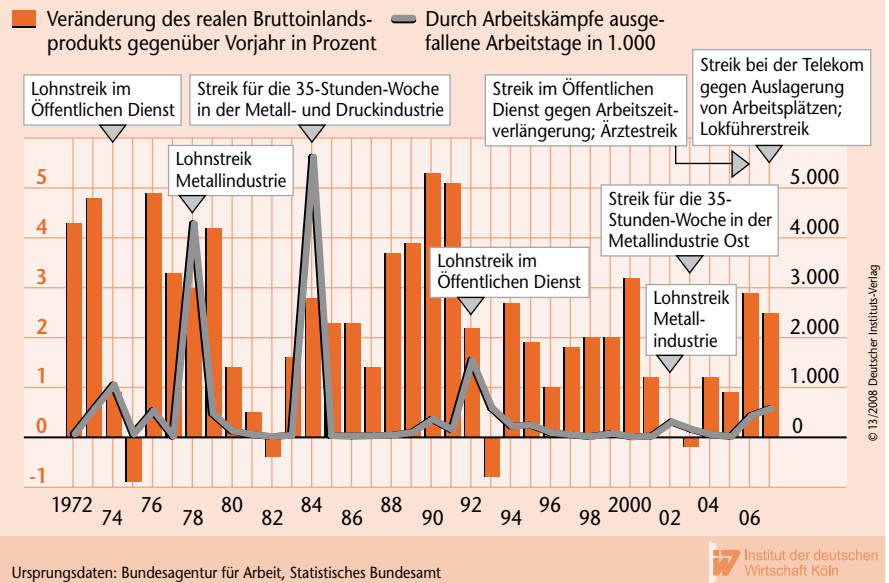
Im Dienstleistungssektor wird neuerdings gerne und heftig gestreikt. In den vergangenen beiden Jahren gingen immerhin 80 Prozent aller Ausfalltage auf das Konto von ver.di und Co. Die neue Streiklust hängt weniger mit dem Aufschwung zusammen als mit einem Umbruch im Gewerkschaftslager. Die Großen wollen sich von den kleinen Berufsverbänden nicht länger auf der Nase herumtanzen lassen.

Lohnforderungen von bis zu 8 Prozent, massive Warnstreiks im Öffentlichen Dienst und in der Stahlindustrie, Streikdrohungen bei der Deutschen Post: Das Klima zwischen den Sozialpartnern wird rauer. Offenbar wollen die Gewerkschaften die Gunst der Stunde nutzen und ihren Mitgliedern ein möglichst großes Stück vom Konjunkturkuchen sichern.

Boomphasen seien nun einmal Streikphasen, hört man landauf, landab. Das aber ist ein Mythos. Zwar haben die Gewerkschaften zuletzt zum Teil kräftige Lohnsteigerungen durchgesetzt – so zum Beispiel in der Stahlindustrie, in der Metall- und Elektro-Industrie sowie in der Chemie. Allerdings blieb es in diesen Branchen immer bei einzelnen Warnstreiks, weil die Arbeitgeber längere Ausstände bei vollen Auftragsbüchern scheuen.

Auch ein längerfristiger Vergleich zeigt, dass Aufschwung und Streik keineswegs Hand in Hand gehen (Grafik).

Konjunktur und Streiks: Kaum ein Zusammenhang



Die Arbeit wird häufig aus anderen Gründen niedergelegt:

1. Einführung der 35-Stunden-Woche. Anfang der achtziger Jahre hatte es sich allen voran die IG Metall in den Kopf gesetzt, die Wochenarbeitszeit radikal zu kappen – bei vollem Lohnausgleich. Unabhängig von der konjunkturellen Situation wurde dieses Ziel 1984 durchgeboxt. Auch in Ostdeutschland hat man das ausgerechnet im Rezessionsjahr 2003 versucht – allerdings erfolglos.

2. Verschlechterte Arbeitsbedingungen. Im Dienstleistungssektor sollten in den vergangenen beiden Jahren mit den Mega-Ausständen nicht vorrangig Lohnforderungen durchgepeitscht werden. Im Öffentlichen Dienst ging es 2006 vielmehr darum, eine Verlängerung der Wochenarbeitszeit abzuwehren. Bei der Telekom wollte man 2007 die Auslagerung bestimmter Tätigkeiten in Tochterunternehmen verhindern.

Für die Lokführer, Ärzte und Piloten waren Gehaltsforderungen ebenfalls nur vordergründig Streikanlass.

Tatsächlich ging es um Klientelpolitik. Einzelne Spartengewerkschaften

wollten ihre Existenzberechtigung durch kompromissloses Vorgehen unter Beweis stellen. Das hat die großen Branchengewerkschaften unter Druck gesetzt. Sie übertreiben ihre Forderungen ebenfalls, um nicht noch mehr Mitglieder an die Spezialisten zu verlieren. Dieser Machtkampf wird ohne Rücksicht auf die Konjunktur ausgetragen.

Selbst die großen Lohnstreiks sind nicht in Aufschwungphasen gefallen. Die ÖTV etwa hat 1974 und 1992 in die Rezession hinein gestreikt. Die IG Metall hat im Nullwachstumsjahr 2002 die Streikaxt geschwungen und eine 4-prozentige Lohnerhöhung erzwungen. Damals lief die Gewerkschaft der wirtschaftlichen Entwicklung hinterher und beschleunigte den Abschwung noch.

Ein solcher „nacheilender Verteilungskonflikt“ müsste aber überhaupt nicht sein. Gewinnbeteiligungen oder ertragsabhängige Einmalzahlungen könnten die Arbeitnehmer zeitnäher am Aufschwung teilhaben lassen und Nachschlagsdebatten überflüssig machen.

Dieser Ausgabe liegt unsere Veröffentlichung „Wirtschaft und Unterricht“ bei.

Für Adressaufkleber